

zu TOP

Mainz, 06.03.2018

Anfrage 0508/2018 zur Sitzung am 14.03.2018

Punktuelle Fahrverbote (SPD)

Die Mainzer SPD-Stadtratsfraktion ist auch weiterhin gegen generelle Fahrverbote. Diese dürfen nur als allerletzte Möglichkeit eingesetzt werden, da diese unsozial sind. Noch bevor das Bundesverwaltungsgericht sein Urteil zu möglichen Dieselfahrverboten verkündete, hatte die Bundesregierung sich zu punktuellen Fahrverboten geäußert. Diese sollen aber keine „Blaue Plakette light“ sein. Ein Sprecher des Bundesumweltministeriums sagte, das entscheidende Kriterium sei, ob es den Kommunen helfe, ihre Probleme mit Luftwerten zu lösen. Man dürfe aber auch nicht vergessen, dass die Autohersteller in der Pflicht stünden „und dass wir alles dafür tun sollten, Nachrüstungen so weit wie möglich durchzusetzen.“

So will die Bundesregierung für bessere Stadtluft eine neue Rechtsgrundlage für punktuelle Fahrverbote noch dieses Jahr in die Straßenverkehrsordnung (STVO) aufnehmen. Diese Fahrverbote sehen passgenaue, maßgeschneiderte Lösungen für hochbelastete Strecken vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die geplante Aufnahme von punktuellen Fahrverboten in die STVO?
2. Sollten die punktuellen Fahrverbote ermöglicht werden, gibt es hierzu eine Notwendigkeit für Mainz?
 - 2.a Falls ja, wie würde die Umsetzung solch punktueller Fahrverbote aussehen?
 - 2.b Beziehungsweise welche Straßen wären hiervon betroffen?

gez.

f. d. R.

Alexandra Gill-Gers
Fraktionsvorsitzende

Sascha A. Fricke
Fraktionsgeschäftsführung